

Stopp des Exports und des Einschmelzens radioaktiv kontaminierter Metalle

An: Deutscher Bundestag

Wir fordern den Deutschen Bundestag dazu auf, sowohl das Einschmelzen als auch den Export radioaktiv kontaminierter Metalle zu verbieten.

Begründung

Die derzeitige Situation, wie mit radioaktiv kontaminierten Metallen aus dem Abriß deutscher Atomkraftwerke verfahren wird, ist völlig unübersichtlich. Daher besteht ein hohes Risiko, daß radioaktiv kontaminierte Metalle in Verkehr gebracht werden. Zugleich besteht grundsätzlich ein Konsens in der deutschen Politik, daß radioaktiv belasteter Müll nicht ins Ausland gelangen soll, sondern daß Deutschland mit dem hierzulande entstandenen Atommüll verantwortungsvoll umzugehen hat.

Zur Zeit lagert ein großer Teil der beim Abriß von Atomkraftwerken in Deutschland angefallenen Dampferzeuger und Reaktordruckbehälter zum Zwecke des Abklingens in einer Halle des ZLN bei Lubmin. Die vier Dampferzeuger des im Jahr 2003 stillgelegten AKW Stade wurden hingegen am 21.09.2007 per Schiff nach Nyköping in Schweden zur Vattenfall-Tochter Studsvik AB zum Einschmelzen transportiert. Im Falle des 2005 stillgelegten AKW Obrigheim gelangte der mit 7 Giga-Becquerel belastete Deckel des Reaktordruckbehälters - nach Auskunft der baden-württembergischen Landesregierung vom 30.12.2020 - im Jahr 2014 zum Einschmelzen in die USA zur Firma Energy Solutions Inc. in Oak Ridge.

In Frankreich werden derzeit Pläne der Regierung in der Öffentlichkeit diskutiert (siehe beispielsweise 'Le Parisien', 18.01.2021), radioaktiv belastete Metalle einzuschmelzen und dem Metall-Recycling zuzuführen. Eine hierfür vorgesehene Anlage soll nach offiziellen Plänen unter der Bezeichnung "Techno Centre" am Standort des 2020 stillgelegten AKW Fessenheim im Elsaß errichtet werden. In Frankreich war bislang das Einschmelzen radioaktiv kontaminierter Metalle nicht erlaubt. Am 26. März veröffentlichte das französische Strahlenforschungsinstitut CRIIRAD eine Petition, die sich gegen die geplante Freigabe radioaktiv kontaminierter Metalle wendet. CRIIRAD erachtet es für "unverantwortlich", eine absichtliche und irreversible Freisetzung radioaktiver Stoffe zu erlauben.

Gute Gründe sprechen dafür, radioaktiv kontaminierte Metalle nicht aus der öffentlichen Kontrolle zu entlassen. Wenn radioaktiv kontaminierte Metalle, die einen gewissen Grenzwert unterschreiten ("Freigabeschwelle") aus der öffentlichen Kontrolle entlassen werden, finden sie schließlich ihren Weg bis in die Herstellung von Alltagsgegenständen. Fehler bei diesen (Frei-) Messungen können aber nicht ausgeschlossen werden. Das Risiko des vielzitierten "radioaktiven Kochtopfes" kann dann nicht mehr als abstrakt abgetan werden.

Hinzu kommt das Risiko, daß beim Einschmelzen radioaktiv kontaminierter Metalle Radioaktivität in die Umwelt gelangt. Es sei an den gravierenden Unfall vom Juni 1998 in dem südspanischen Stahlwerk Acerinox in Algeciras erinnert. In der Folge wurde eine radioaktive Cäsium-Wolke über weiten Teilen Südeuropas, Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz detektiert. Das Schweizer Bundesamt für Gesundheit registrierte Werte bis zu 150 Microbecquerel pro Kubikmeter. Dies war der bis dahin höchste Wert seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Im Stahlwerk Acerinox war radioaktiver Stahl "unbekannter Herkunft" eingeschmolzen worden.

Das Inverkehrbringen von radioaktiv kontaminierten Metallen verstößt auch gegen die Verpflichtung, die Höhe der Exposition und die Anzahl der

exponierten Personen so weit wie vernünftigerweise möglich zu begrenzen. Es steht auch im völligen Widerspruch zu den Bemühungen, die Belastung der Menschen durch Radioaktivität zu reduzieren.

Klaus Schramm (Anti-Atom-Gruppe Freiburg)

Stefan Auchter (Geschäftsführer des BUND Regionalverbands Südlicher Oberrhein)

1.
Der Bau eines "Techno Centre" am Standort des 2020 stillgelegten AKW Fessenheim, in dem radioaktiv kontaminierte Metalle eingeschmolzen werden sollen, wäre eine unzumutbare Belastung für das Dreieckland, also die Region Elsaß, Südbaden und Nord-West-Schweiz. Ein "Techno Centre" ist der Bevölkerung im Dreieckland nach 43 Jahren Erfahrungen mit dem Atomkraftwerk Fessenheim, dem ständigen Risiko eines Super-GAU und der permanenten radioaktiven Belastung, nicht zuzumuten.

2.
Am 18. Mai 2021 wurde bekannt, daß der Atom-Konzern PreussenElektra (vormals E.on) einen Vertrag abgeschlossen hat, um über 6000 Tonnen radioaktiv kontaminiertes Metall aus dem Abriß deutschen Atomkraftwerke an die Firma Cyclife AB (bis 2016: Studsvik AB), eine Tochter des französischen Strom-Konzerns und AKW-Betreibers EdF zu liefern. Dieses soll dort eingeschmolzen werden.

Name	E-Mail	Postleitzahl	Telefonnummer	Zustimmung zur Datenverarbeitung *	Unterschrift
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	

* Ich bin damit einverstanden, dass die Unterzeichnung dieser Petition sowie meine E-Mail-Adresse, Name und Ort zur Durchführung der Petition bis zu deren Ende gespeichert werden. Mein Vorname, der erste Buchstabe meines Nachnamens und mein Wohnort können an den/die Empfänger*in der Petition überreicht werden.
Ausgefüllte Listen bitte an: BUND-Regionalbüro, Wilhelmstr. 24 A, 79098 Freiburg

Name	E-Mail	Postleitzahl	Telefonnummer	Zustimmung zur Datenverarbeitung *	Unterschrift
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	
				✓	

* Ich bin damit einverstanden, dass die Unterzeichnung dieser Petition sowie meine E-Mail-Adresse, Name und Ort zur Durchführung der Petition bis zu deren Ende gespeichert werden. Mein Vorname, der erste Buchstabe meines Nachnamens und mein Wohnort können an den/die Empfänger*in der Petition überreicht werden.
Ausgefüllte Listen bitte an: BUND-Regionalbüro, Wilhelmstr. 24 A, 79098 Freiburg